

Der Grundriß

Wochenblatt des Deutschen Bauhandwerkes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau- u. Dachdeckerbetrieben, in der Röhren-, Schmelz- u. Glaserei, in Fuhr- und Stückbetrieben, für Asphaltierer und Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Fliesenleger, Ofen- u. Schmelzwerkstättenarbeiter und Terrazzoarbeiter

Verlag: Deutscher Bauern- u. Bauhandwerker-Verlag, Berlin, Friedrichstr. 56. Fernspr.: 27. Druck: 7630, 7651, 6240. Postfach, Berlin 65232. Preis: 1.- M. (ohne Postgeb.). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Druckes Montag früh.

Gegen Hakenkreuz und Freiherrn-Kronen!

Hitlers Pakt mit dem Herrenklub.

Die Kettenhunde des Kapitals und der Reaktion sind losgelassen. Kaum 14 Tage sind vergangen seit der Aufhebung des SA-Verbots. Zahlreich sind aber schon die Klagen gekommen, die Gewerkschafter, die Sozialdemokraten, die Reichsbankkammeraden dem Terror der Hitlerjohannis zum Opfer gefallen. Eine Mauer von Särgen wächst auf der Walfahrt des Bürgerkriegs.

Ein Rundschreiben des Deutschen Herrenklubs, dem ein Teil der jetzigen Reichsminister entstammt und zu dem fast alle irgendwelche Beziehungen haben, teilt den „Herrengefellschaften“ im Reiche mit:

„Das neue Kabinett wird nicht nur von den Nazis toleriert, sondern hat auch die ausdrückliche Zustimmung des „Führers“.

der Arbeitslosenversicherung, für die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung.

Hitler trägt die volle Verantwortung für die ungerechte Besteuerung aller arbeitenden Schichten und die Freilassung der Besitzenden.

Hitler wählen heißt seinen eigenen Metzger wählen.

Am 31. Juli geht es darum, ob die deutschen Arbeiter Sklaven und Arbeitsvieh werden sollen oder ob sie weiterhin freie Staatsbürger mit dem Recht sich ihre Zukunft nach eigenem Willen zu gestalten, sein können. Wer das erste will, der wähle Hitler. Wer aber freier Bürger bleiben will, der

wählt sozialdemokratisch.

Daß zur Zeit starke politische Kräfte in Deutschland am Ruder sind, die Kurs gegen die Arbeiterklasse und gegen die Gewerkschaften steuern, ist kein Anlaß zur Hoffnungslosigkeit.

Die Arbeiterbewegung hat schon schwerere Kämpfe erfolgreich bestanden. Sie hat Bismarck niedergeworfen, sie hat die Hohenzollern überunden, deren letzter Regent „die Sozialdemokratie auf sich nehmen“ und erwidern wollte.

Die auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens organisierte Arbeiterklasse verfügt über immense politische, wirtschaftliche und geistige Kräfte. Die Arbeiterbewegung konnte zwar zurückgeworfen werden; aber sie ist unüberwindbar!

Ihre von hohen geistigen und politischen Idealen getragene Bewegung kann nicht von einer phrasen- und nebelhaften, demagogischen Verdrähterei, wie es die NSDAP ist, umgebracht werden.

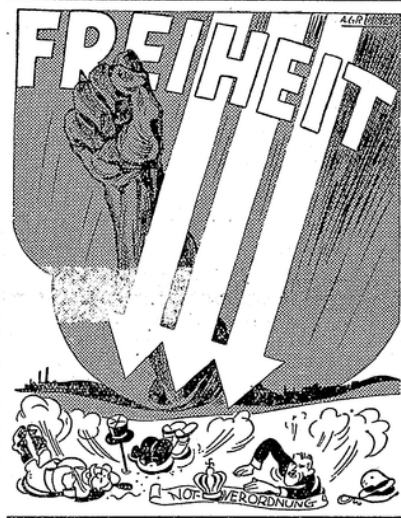
Schon hat sich die Arbeiterklasse erhoben zum Entschlagskampf, hat sich neu formiert unter dem

Symbolder drei Freiheitspfeile in der Eisernen Front zusammengeschunden.

Nicht den Junkern und dem Kapitalismus gehört die Zukunft, nicht dem Feudalismus, nicht einem Hitler, nicht einem Papen. Die Arbeiterklasse hat den Geist der Barbarei, den Geist der Unkultur und politischen Unernunft besiegen und Republik und Demokratie erhalten.

Sie braucht nur zu wollen!

Keine Jaghaftigkeit, keine Wankelmütigkeit darf es geben! Es gilt das Bewußtsein unserer Kraft und Stärke zu wecken. Tragt das Freiheitsbanner hinaus in die Lande, in jede Stadt, in jedes Dorf. Werbt auf jeder Arbeitsstätte, auf jeder Stempelstelle, in jeder Familie des werktätigen Volkes für die Eisernen Front. Einmütig muß der Wille sich durchsetzen:



Immer wieder geht es oft unter Führung Adliger — gegen die Proletarier, gegen die Schmeichelei des Arbeitervolkes. Aber Herr von Papen hält den Zeitpunkt „noch nicht“ für gekommen, diese herrliche Freiheit der SA wieder aufzuheben.

„Noch nicht!“ hat Herr von Papen geantwortet, als er auf die Zustände hingewiesen und gefragt wurde, ob er nicht mit einem Verbot eingreifen wolle.

So willfährig sich die Papen-Regierung gegenüber Hitler zeigt, so empfindlich ist sie, wenn man sie als reaktionär bezeichnet. Dann fühlen sich die Freiherrn tief gekränkt. Und wenn etwa eine Gesetzte sich einer solchen Satzungsbildung gemacht hat, dann wird

Der Notverordnungs-Knäppel

herangezogen. Zunächst hat Herr von Papen sich das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, den „Vorwärts“, ausgetrennt. Dieser hatte eine Karikatur gebracht, die zwei kriegsbeschädigte Rentenbezieher zeigt, wie sie einigen in der neuen SA-Kluft — den sogenannten Notverordnungs-Jacken — herumflotternden Nazis nachsichtigen, unterschreibt:

„...wenn die Herren den Krieg haben so und so, dann die Renten gekürzt.“

Durch dies Bild fühlte sich die Reichsregierung beschimpft und forderte vom preussischen Innenminister das

Verbot des „Vorwärts“.

Covering hat dies abgelehnt. — Ebenso empfindlich ist die Reichsregierung, wenn man ihr nicht genügend „nationale Unverletzlichkeit“ nachsagt. Wegen dem bekannten Papen-Interview mit dem Chefredakteur des „Matin“ und einer Kritik daran soll die „Königliche Volkszeitung“ verboten werden. Das Interview soll „in mißverständlicher Weise wiedergegeben“ worden sein. Auf, das hätte sich richtigstellen lassen. Ist auch geschehen, trotzdem das amtliche Dementi keineswegs völlige Klarheit schafft. Aber

Der See, er raft, er will kein Opfer haben!

Herr von Papen forderte vom preussischen Innenminister auch ein fünfzigstündiges Verbot dieser Zeitung. Auch dies hat Covering abgelehnt. Aber der Reichsgerichtsenat entschied sich gegen Covering, und der „Vorwärts“ wurde verboten.

Die ersten Schritte zur Anebelung der verfassungsmäßig garantierten Pressefreiheit sind bedeutungslos, weil sie nach oben hin nicht durchzusetzen sind. Jeder kann sich schon jetzt ein Bild von der politischen „Freiheit“ machen, mit der wir nach den Wahlen beglückt werden, wenn sie dem Kabinett von Papen-Hitler etwa eine Mehrheit bringen sollte.

Die große grundsätzliche Schwermut in der Sozialpolitik ist ebenfalls der Zeit nach den Wahlen vorbehalten.

Beseitigung

der staatlichen Sozialversicherung,

statt dessen eine „Fürsorge“, die möglichst der Armenpflege der Vorkriegszeit nachgebildet ist, ist das Ziel der Krankjunker und der Schwerindustrie.

Es soll

keine staatliche Wohnungsfürsorge

mehr geben. Schon hat man das Siedlungsressort dem Reichsarbeitsministerium genommen und es dem Landwirtschaftsministerium übertragen.

Die Verarmung der Kriegsoferrenten beansprucht das Reichswehrministerium. Die Herren Offiziere haben es nie verwunden können, daß nicht sie — wie unter Wilhelm — das Ressort der Kriegsoferrenten zu verwalten haben.

Der Bezirksfunktwebel soll wieder aufersuchen.

Staatlichen Lohnschutz soll es überhaupt nicht mehr geben. Das Unternehmertum forderte „freies Spiel der Kräfte“.

Hitler und von Papen werden alle reaktionären Forderungen erfüllen, wenn die deutsche Arbeiterschaft am 31. Juli nicht auf dem Posten ist.

Hitler ist der Bundesgenosse des Herrenklubs und dieser Reichsregierung, der er seine Zustimmung zu ihrer Notverordnung gegeben hat. Die Nationalsozialistische „Arbeiter“partei trägt die volle Verantwortung für die

Hitlerische Notverordnung.

Hitler trägt die Verantwortung für die Kürzung der Renten der Kriegsbeschädigten, der Arbeitslosen, der Witwen und Waisen.

Hitler trägt die volle Verantwortung für den Unterdrückungsraub an den Erwerbslosen, für die Zerstörung

Am 31. Juli schlagen wir Hitler und seine Freiherrn-Regierung, indem wir die wirkliche Arbeiter-Partei der Freiheit wählen, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Kämpft für Demokratie und Sozialismus!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat einen Aufruf erlassen, den wir auszugswiese wiedergeben: „In dem harten Ringen der Arbeiterklasse und aller freiheitlich denkenden Volksgenossen Deutschlands gegen Knechtschaft und Diktatur ist der 31. Juli ein Tag von entscheidender Bedeutung.“

Militaristen und Nationalisten nehmen einen neuen Anlauf, die Gewalt zu ergreifen, um sie zur Zerschlagung der Demokratie, zur Entrechtung der breiten Massen, zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Knechtung zu mißbrauchen.

Die Bildung der volksfeindlichen NS-Regierung wurde nur möglich auf den Schultern der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die durch ihre Führer Hitler und Göring die Tolerierung des Kabinetts Papen gegen gewisse Gegenleistungen versprach.

Gegen die Taten dieser Regierung und ihre Stützen in der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei rufen wir zum Kampf:

Wir kämpfen für die Aufhebung der Notverordnung.

Wir kämpfen für die Erhaltung und Sicherung des Rechts auf Arbeitslosenversicherung.

Wir kämpfen für Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln, für gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, für rasche Durchführung der Siedlungen.

Wir kämpfen für gerechte Verteilung der Lasten.

Wir kämpfen für eine Außenpolitik der friedlichen Verständigung auf dem Boden des gleichen Rechts für alle.

Elend zusammengebrochen sind alle nationalistischen Anklagen gegen die internationale Politik der Sozialdemokratie; denn es hat sich gezeigt, daß auch die Regierung Papen, die Regierung der „nationalen Konzentration“, über keine anderen Mittel verfügt als die von der Sozialdemokratie empfohlenen.

Die Sozialdemokratie hat in gebührender Arbeit die Lasten des verlorenen Krieges dem deutschen Volke zu erleichtern versucht. Sie hat als erste die Forderung nach der Streichung der internationalen Kriegsschulden erhoben. Ihre Politik der Verständigung mit Frankreich wurde als schlapp, feige, undeutsch, ja geradezu landesverräterisch hingestellt. Indem auch die Regierung der „nationalen Konzentration“, die Regierung Papen, den Weg der Verständigung mit Frankreich beschränkt, hat sie wider Willen den schamlosen Betrug der nationalsozialistischen Demagogen entlarvt.

In voller Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften fordern wir Umbau der Wirtschaft.

Die Staatsmacht muß planmäßig in den Dienst der Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine sozialistische Bedarfswirtschaft gestellt werden. Nur so kann das Elend abgewehrt und der Jugend die Hoffnung auf eine neue Lebensaufgabe gegeben werden!

In diesen Kämpfen zweier Weltanschauungen zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Knechtschaft und Freiheit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist der 31. Juli ein Entscheidungstag.

Weshalb: mit erhöhter Aktivität, Disziplin und Einheit in den Kampf! Die Pfeile der Freiheit sollen die Feinde des Volkes treffen. Die deutsche Arbeiterklasse läßt sich nicht überwinden. Sie wird allen Gewalten zum Trotz ihre große geschichtliche Mission erfüllen!

Hitler glaubt nicht an seinen Sieg. Zeigt ihm, daß sein Glaube richtig ist.

Am 19. Juni hat Hitler vor seinen thüringischen Funktionären über die Aussichten der Reichstagswahl gesprochen. Wir bringen darüber einen Bericht, den wir wörtlich dem „Völkischen Beobachter“ entnehmen.

„Ich weiß, daß es einige Länder oder einige Parteien gibt, die glauben, diese gewaltige Entwicklung unserer Bewegung von ihrer Position aus bekämpfen zu können. Da dürfen Sie nun die Ueberzeugung mit sich nehmen, ich gehöre zu den Menschen, die die Dinge und Entwicklungen eiskalt beobachten können. Ich glaube auch, daß ich ausgezeichnete Nerven habe, und ich werde sie nicht verlieren. (Tosender Beifall.) Aber diese Ruhe bedeutet nicht, daß wir alles willens sind hinnehmen werden. Wir werden mit allen gesetzlichen Mitteln aber kämpfen, um unser Recht zu verteidigen. Sollte aber (mit stark erhobener Stimme) jemand in Deutschland glauben, daß er unter Bruch der Verfassung Unrecht stabilisieren kann, dann kann er uns auch anders kennenlernen. (Stürmischer Beifall.) Wir kämpfen strengstens legal und werden in diesem legalen Kampf alle die Mittel anwenden, die Legalitätsverbrecher zu Boden zu werfen. Diese Bewegung brechen sie nie mehr, denn sie ist heute Deutschland. (Minutenlanges Beifall und Heil-Rufen.) Der 31. Juli ist für uns wiederum nur ein Meßtag, um zu sehen, wie stark wir sind. Ich weiß ganz genau,

daß es in Deutschland Menschen gibt, die sagen: Sie sind jetzt stark genug, warum gehen Sie denn nicht in eine Koalition hinein? Jawohl, das tun wir unter der Voraussetzung, daß in nichts die Politik des überwindenen Deutschland getrieben wird. Wenn das nicht möglich ist, dann werden wir lieber mit 200 Mann in Opposition stehen, als 30 Ministerstühle besetzen. (Starker Beifall.)

Wir gehen mit begründeter Hoffnung in diesen Wahlkampf hinein. Ich hoffe, daß die Bewegung ihre Pflicht erfüllen wird. Wir haben heute die beste Organisation, die Deutschland überhaupt je gehabt hat. Der Opfersinn unserer Parteigenossen ist vorbildlich. Wenn es am 31. Juli nicht gelingt, wird es eben an einem anderen Tag gelingen.“

Der dunklen Rede dunkler Sinn ist also, daß Hitler selbst nicht an seinen Sieg glaubt. Er glaubt (genau gezeichnete Nerven habe) nicht, daß er „auswende“. Darüber brechen die Funktionäre in tosenden Beifall aus.

Die Hitler-Wähler laufen einer Bewegung nach, deren Führer schon vor Begeisterung aus dem Häuschen geraten, weil ihr Oberführer nicht über Schnappst!

Seuen an die Front!

Wochen schwerer Kämpfe haben bedort. Sie sind uns aufgezwungen. Ein Ausweichen kann es nicht geben. Die Entscheidung muß fallen. So oder so. Für oder gegen den Volksstaat.

Wie war das Kampfspiel eindeutiger. Das staatliche Leben soll der Armut der Nation angepaßt werden. So will es die Regierung der Barone, der Freiherren und der Junker — für die anderen. Der Staat, der seinen sechs Millionen Arbeitslosen Unterhaltungen von durchschnittlich kaum über 50 Mark im Monat gibt, wird als Wohlfahrtsstaat gekennzeichnet. Eine unverantwortliche Hauptangabe!

Jede Hausfrau und Mutter wird mühselos den Gegenbeweis erbringen. Und denen, die unter glücklicheren Verhältnissen noch leben, in Stadt und Land. Dieser Anschauungsunterricht würde sehr heilsam sein. Nur, nichts als schreiende Not würde das Auge schauen! Von Wohlfahrt und Wohlergehen keine Spur. Mit karglichen Mitteln den Lebensunterhalt bestreiten. Und das Wochen, Monate, Jahre hindurch. Ist das überhaupt fassbar? Und doch ein Leben voll auf Grund der Regierungserklärung als ausreichend — natürlich nur für die unteren Schichten des Volkes anerkannt und durchgeführt werden.

Das kann keine Frau, keine Mutter wollen. Da gibt es nur eins: Aufbegehren, ehe es zu spät. Die Stimme der Menschlichkeit muß sich hörbar machen.

Das Angehörigen, die Ueberblichkeit anmaßender Kreise findet in der Öffentlichkeit nicht immer die entsprechende Verurteilung. Die Ablehnung von innen heraus fehlt. Militärisches Treiben durchdringt heute das ganze öffentliche Leben.

Frauen, Mütter, wohin kommen wir, wenn wir zu diesen Dingen schweigen?

Wenn es noch eine Möglichkeit der Bändigung, des Einhaltens der Gewalttätigkeiten, der Rohheiten gibt, kann dies nur die Stimme der Frau und Mutter erreichen. Sie allein vermag den Geist der Menschlichkeit zu erwecken und zu stärken. Unersäglich muß das geschehen. Einer Welle sollte sie her reinen Menschlichkeit immer wieder und immer stärker Ausdruck geben.

Die Durchsetzung des staatlichen Lebens mit militärischem Geiste bringt weder Brot noch Arbeit. Im Gegenteil! Durch die Verwirrung der Sinne wird ständig Haß und Verbittern erzeugt. Gefestigte Gewalttätigkeiten sind die Folgen. Und die Not wird größer und größer. Ja, sie wird laminarartig anwachsen, wenn die menschliche Stimme gänzlich verhallt.

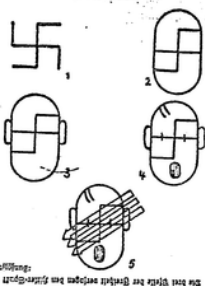
Das darf nicht sein. Wunden heilen ist besser als Wunden schlagen. Noch besser aber ist:

Vorbeugen und verhüten durch die Front der Frauen!

Johanne Reife.

Bilderrätsel

Frei nach Demos.



Sein System.

Adolf-Hitler über den Deutschen und seine Regierung: „Er hat keine blasse Ahnung, wie man das Volk beschwindeln muß, wenn man Massenanhänger haben will, daß durch kluge Anwendung von Propaganda dem Volk selbst der Himmel vorgemacht werden kann und umgekehrt; das elendeste Leben als Paradies, das verstand Deutschland nicht.“

(Aus „Mein Kampf“, S. 202.)

SA marschiert, Volk, du mußt zahlen!

SA marschiert, SA hat neue Uniformen gekriegt. Wer bezahlt? Dunkles Geheimnis! Hitlers Privatarmee prangt in neuen Uniformen! Die Kosten der Neuniformierung der SA werden auf mehr als 15 Millionen geschätzt. Aber das Volk hat ja noch ganz andere Summen zu zahlen. Wiedererscheinen der SA und neue Lasten von 1 1/2 Milliarden hängen miteinander politisch zusammen.

Daran denk, wenn ihr eine SA-Uniform seht!

Kein Erwerbsloser, kein Invalid, keine Kriegervitwe, kein Angestellter, kein Knappschaftspensionist kann einen uniformierten SA-Mann sehen, ohne an die Kürzung seiner Rente zu denken.

Keine Stimme den Nazis oder anderen Parteien.

Alle Stimmen der Sozialdemokratie!

So sieht der Heros der Kleinbürger aus!

Wortentnahme von der Heftenwahl.

Hitlers Angst hat schon krankhafte Formen angenommen. Seine Beförderung im Auto erinnert an die der russischen Zaren. An der Spitze der „Stabskolonne“ fuhr ein großes Auto mit einer SS-Abteilung von etwa 40 Mann, an zweiter Stelle folgte ein Lieferwagen mit SS-Leuten, an dritter Stelle ein Privatwagen mit einigen Zivilpersonen, und an vierter Stelle endlich fuhr der Wagen Hitlers. Die beiden hinteren Sitze waren besetzt mit zwei Vertrauten, und der große Adolf selbst saß, bescheiden und zusammengekrüppelt, neben dem Wagenführer. Obgleich das Thermometer über 33 Grad Hitze anzeigte und die Windschutzscheibe jeden Luftzug abwehrte, hatte Hitler eine gewaltige Lederkappe auf, die nur die Nasenspitze und die flachschaligen breiten Wadenknochen frei ließ, und um sich völlig unheimlich zu machen, trug er noch eine große blaue oder grüne Anubrisse. Daß auch die nötige Rückenbedeckung von lieben „SA-Jungen“ gut versehen war, versteht sich von selbst.

Das ist nun der „Liching“ des Volkes, der Heros, der Uebermenschen, der Held. Dieses Häufchen Angst ist das Idol der deutschen Kleinbürger! Dieses Häufchen schwingt unter dem Schutz seiner SA-Leute große Töne und quatscht von „Selbentum“.

Ich mußte an die kleinen rasselosen Dorfplinker denken, die den Wanderer ruhig vorbeigehen lassen, sich eine geschäftige Stelle aussuchen und dann wild zu klaffen anfangen.

So etwas will nun die deutsche Arbeiterschaft „zerreten“!

Es ist immerhin eine Bemerkung für uns festzustellen, daß selbst eingeseifte Hitler-Anhänger noch nüchtern genug waren, um die Erbärmlichkeit und Angst ihres großen Führers mit richtigen Worten zu belegen. Und auch Bauern, die stundenlang in der gewaltigen Hitze auf dem Sportplatz auf den großen Adolf gewartet hatten, bekannten freimütig, daß es sich wirklich nicht lohnte hätte, nach Worms zu gehen.

Die Arbeiter aber bemerkten ganz richtig:

Das Kleinbürgertum hat nichts Besseres als diesen Adolf verdient!

Er wird weder den Thron seines utopischen Driffen Reiches, der Ausgubert einer krankhaften Phantasie, wie sie bei allen mit Minderwertigkeitskomplexen behafteten Menschen anzutreffen sind, bestreiten, noch ist er ein Mensch, der das Leben und die Gesundheit eines Volkes meißern kann. Hitlers Weizen blüht, aber es sind taube Blüten.

Er ist die mitsungene Karikatur eines verfallenen Hero.

Und herrlich beschäftigt sich in Hitler der Gah von Karl Marx, den er in seiner Broschüre „Der 18. Brumaire“ auf Louis Bonaparte prägte: „Ich aber weise nach, daß es der Klassenkampf ist, der die Zustände geschaffen hat, die es diesem Abenteuer ermöglichen, die Rolle des Helden zu spielen...“

Hitler ist nichts, der Klassenkampf ist alles.

Der Klassengegner hat diesem Häufchen Unglück aus Braunau eine Rolle im Drama des Klassenkampfes gegeben, und Hitler spielt diese Rolle schlecht und geschmacklos.

Am 31. Juli wird nur gewählt:

Liste 1, Sozialdemokratische Partei!

„Blut ab“ vor Heinz!...



Heinz Maierfest ist Bauerprolet, Den, wie so viele, stampeln gelist.



„Nein, Heinz!“ sagt Karl, „bei deiner Plübe...“ Und legt die Marken schnell für Seite.



„Karl, gib die Freiheitsmarke her!“ „Ein gauzer Karl!“ Kämpfe so wie er!

Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig.

Ingenieure und Techniker zu einer ihrer Ausbildung ent- sprechenden Sonderberufung heranziehen will.

Die Durchführung dieser Pläne bedeutet logischerweise Steigerung der Arbeitslosigkeit ins Unermessliche. Am stärksten betroffen werden die Bauarbeiter. Aber auch keine andere Berufsgruppe wird verschont bleiben, denn sämtliche Aufträge der öffentlichen Hand sollen nach dem Programm stiefeln, das für die Arbeitsparität offiziell ist, durch den Arbeitsdienst erledigt werden. Die Unabhängigkeit dieses Programms ist die

Kriegserklärung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei an die deutsche Arbeiterschaft.

Alles, was sie in jahreslangen politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen errang, Tarifverträge, Arbeitslosenunterstützung usw., wollen die Nazis vernichten. In fünf Monaten nach der Machtergreifung will Herr Hitler den Arbeitsdienst aufgezogen haben.

Wer kein Reich von Arbeitslosen will, der gehe zur Wahl und wähle am 31. Juli die Sozialdemokratie.

Trostlose Lage auf dem Baumarkt.

Der anhaltende Schrumpfungprozess der Bauwirtschaft in den Kriegsjahren 1930 und 1931 setzte sich im ersten Vierteljahr dieses Jahres weiter fort. Hinsichtlich der Bauaktivität nimmt das erste Vierteljahr 1932 den tiefsten Stand ein. Das lag zum Teil an dem vom Vorjahr übernommenen geringen Bestand unvollendeter Bauten. In unvollendeten Wohnungen wurden 54 000 im Jahre 1930, das ist ein wenig mehr als im Vorjahr und 182 000 im Jahre 1931, im Vergleich mit dem Vorjahr ein Rückgang auf 37%. Noch katastrophaler ist jedoch der Unterschied bei den neu angefangenen Bauten in Groß- und Mittelfächern. Im ersten Vierteljahr 1932 wurde mit dem Bau von nur 3311 Wohnungen begonnen; in der gleichen Zeit 1931 waren es aber noch 12 390 und 1930 sogar 17 029. Die Zahl der neu begonnenen Wohnungen verminderte sich damit gegenüber dem ersten Vierteljahr 1931 schon auf 27,2%. Bei den übrigen Hochbauten in Groß- und Mittelfächern betragen die Vergleichszahlen — in 1000 Kubikmeter umbauten Raum gemessen — für das erste Vierteljahr 1932: 447,1, für die gleiche Zeit 1931: 1478 und für 1930: 3721,8. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1931 beträgt der Gesamtumfang der begonnenen Bauten demnach 30,0%, in Groß- und Mittelfächern wurden im ersten Vierteljahr 1932 10 837 Wohnungen errichtet gegenüber 25 532 in der gleichen Zeit 1931. Das ist ein Rückgang auf 42,5%. Der Gesamtumfang der im ersten Vierteljahr 1932 errichteten übrigen Hochbauten in Groß- und Mittelfächern beträgt — in 1000 Kubikmeter umbauten Raum — 1920,8 gegenüber 2945 im ersten Vierteljahr 1931. Das ist nur 65,2% der Produktion im ersten Vierteljahr 1931.

Dem Rückgang der Bauaktivität entsprechend stieg die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Ihre Ziffern in diesem Vierteljahr übertrafen alles bisher Dagewesene. Der Höchststand der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe wurde am Ende Februar 90% aller Bundesmitglieder. Von je 100 Mitgliedern unseres Bundes waren im Durchschnitt der ersten Vierteljahre arbeitslos 1932: 89%, 1931: 74,3% und 1930: 57,2%. Im April und Mai sanken die Ziffern auf 85 und 80%. Die diesjährige Arbeitslosigkeit wirkt noch krasser, wenn man die Monatsendzahlen der Krisenjahre von Januar bis Mai miteinander vergleicht. 1932 waren 84,6%, 1931 65,3% und 1930 47,7% unserer Mitglieder arbeitslos. Das sind nichterne Zahlen, hinter denen aber furchtbares Elend der Bauarbeiter steht.

Das Institut für Konjunkturforschung gibt im 1. Vierteljahresheft 1932 den Gesamtwert der baugewerblichen Produktion im Jahre 1931 mit etwa 4 Milliarden M an. Auf den Wohnungsbau entfiel davon 1,7 Milliarden M, auf den gewerblichen Bau 1,3 Milliarden M, auf den öffentlichen Bau — einschließlich Tiefbau — 1 Milliarde M. Der Gesamtwert der baugewerblichen Produktion des Jahres 1931 beträgt also nur die Hälfte des Jahres 1929. Der öffentliche Bau ist seit Krisenbeginn am stärksten zurückgegangen. Am meisten wurde der öffentliche Tiefbau davon betroffen. — Für dieses Jahr erwartet das Institut eine Zunahme der öffentlichen Tiefbauarbeiten, die sich aus dem natürlichen Zwang zur Erhaltung der vorhandenen Anlagen für die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und zur Sicherung des Personen- und Güterverkehrs ergibt. Der gewerblichen Bauaktivität wird aber eine weitere Abnahme vorausgesetzt. Auch der Wohnungsbau wird bei den heutigen Finanzungsverhältnissen ebenfalls hinter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben. Seitdem die öffentlichen Zuschüsse wegfallen, ist der baubereitwillige Faktor ausgeschaltet. Die erhebliche Senkung der Baukosten — seit Krisenbeginn etwa 30% — kann sich nicht auf die Zuhilfenahme der öffentlichen Baukosten auswirken, weil sie durch höhere Kapitalkosten wieder aufgewogen wird.

In den Großstädten werden bei der Wohnungsbaufähigkeit die Instandsetzungsarbeiten und der Umbau von Großwohnungen einige Bedeutung gewinnen. Bereits im ersten Vierteljahr 1932 betrug der Zugang an Wohnungen durch Umbau von Großwohnungen in den Groß- und Mittelfächern 18% des gesamten Wohnungszugangs, gegenüber 3,3% im ersten Vierteljahr 1931. In der Struktur des Wohnungsbaues zeigt sich ein bemerkenswerter Wandel. Mit dem Ausfall der öffentlichen Baukostenzuschüsse wird die Finanzierung großer Häuserblocks immer schwieriger. Die Auftraggeber wenden sich daher mehr dem Bau von Einzelhäusern und Eigenheimen zu. In den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern verminderte sich die durchschnittliche Wohnungszahl je Haus von 4,4 im vierten Vierteljahr 1931 auf 2 im ersten Vierteljahr 1932. In den Großstädten allein ist die Abnahme noch größer. Nach dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung macht sich eine räumliche Verschiebung des Wohnungsbaues von den Großstädten zu den Kleinstädten und ländlichen Gebieten bemerkbar. Der Anteil der Großstädte an der Gesamtzahl der Baubeginne sank im ersten Vierteljahr 1931 von 77% auf 63% im ersten Vierteljahr 1932. Dagegen stieg in der gleichen Zeit der Anteil der Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern von 16 auf 28%. Die Ursache ist auf geringere Finanzierungsverhältnisse in kleinstädtischen und ländlichen Gebieten zurückzuführen. Die Bauarbeiten werden größtenteils aus eigenen Ersparnissen, Erschaffungen oder aus dem Erlös von Grundstücksverkäufen finanziert.

S.A. hat neue Tressen, Das Volk hat nichts zu fressen!

Die Ausschüsse, die das Institut für Konjunkturforschung für das Baujahr 1932 ermittelte, sind also äußerst ungünstig. Der zu erwartende Gesamtwert der diesjährigen Bauaktivität wird auf etwa 2 Milliarden M — also auf die Hälfte des vorjährigen — geschätzt. Die Hoffnungen des Instituts auf Verwirklichung der von der Regierung Brünning geplanten Arbeitsbeschaffung, die vornehmlich dem Baugewerbe zugute kommen sollte, ist inzwischen durch die Notverordnung der Papen-Regierung zunichte gemacht worden. Was bleibt an dem Wohnungsbau, der für die Linderung des Instituts für Konjunkturforschung die vor der Lohnsenkung von den Privatwirtschaftsgruppen beabsichtigte belebende Wirkung? Die Bauarbeiterfrage ist ungeheuerlich gestaut worden, angeht weil die Anhebung der Bauwirtschaft nur davon abhängig ist. Wir haben immer die Meinung vertreten, die Baukostenreduzierung könne erst nach und nach auf der Kapitalseite der mit Erfolg betrieben werden. Solange kein flüssiger Kapitalmarkt mit billigem Bankkapital vorhanden ist, kann auch mit niedrigsten Löhnen nicht billig gebaut werden. Der kostenverbilligende Ausgleich bei der Wohnungsbaufinanzierung — die Hausinspektoren — ist jedoch aus politischen Gründen im privatwirtschaftlichen Interesse beseitigt worden. Die Bauwirtschaft hat dadurch den Anstoß für Konjunkturforschung. Die Bauarbeiterlöhne wurden sehr stark gedrückt, ohne der Bauwirtschaft auch nur die Aussicht auf neues Wachstum zu geben.

Reichsverbundungsordnung in München eingeführt.

Der Stadtrat von München hat für das Stadtgebiet die Reichsverbundungsordnung für Bauleistungen eingeführt. Die wir wiederholt mitteilten, ist in der Reichsverbundungsordnung nur Recht geschaffen zwischen Auftraggeber und Unternehmer. Die Rechte der Arbeiter hat man vergessen! Am lo erfreulicher ist es, daß der Münchener Stadtrat, auf Antrag unserer Kollegen, in dem § 4 A der Allgemeinen Vertragsbedingungen Teil B, Din 3 1961 eine Reihe Sicherungen zugunsten der Arbeiter eingeführt hat. Der Unternehmer, der Arbeiter der Stadt übernimmt, wird beispielsweise verpflichtet, den gesetzlichen Bestimmungen zur Einstellung Schwerbeschädigter nachzukommen, die Sozialbeiträge abzuführen, die Kautionsfreiheit zu achten, die Tarifverträge einzuhalten und Lehrlinge nur in angemessener Zahl einzustellen. Die Stadt verlangt ferner, daß der Unternehmer, falls er die Arbeiten an Subunternehmer vergibt, diesen dieselben Auflagen macht. Außerdem hat sich die Stadt das Recht vorbehalten, jederzeit in die Lohnlisten Einblick nehmen zu dürfen. Sehr wichtig ist auch noch die Bestimmung, nach der die Stadt, falls der Unternehmer mit der Lohnzahlung im Rückstand bleibt oder nicht die Sozialbeiträge abführt, das Recht hat, die Zahlungen direkt zu leisten. Die Stadt kann zu diesem Zweck in das Guthaben und die Sicherleistung des Unternehmers eingreifen. Da das Reichsfinanzministerium, das für die Reichsverbundungsordnung zuständig ist, einer generellen Regelung der Reichsverbundungsordnung seit Jahren ausweicht, so empfehlen wir das Münchener Beispiel zur Nachahmung.

Die Arbeitslosigkeit in den Bauberufsgruppen.

Die geringe Hoffnung, daß im Baugewerbe mit dem Frühjahr eine wenigstens einigermaßen erträgliche Beschäftigung eintreten würde, hat sich leider nicht erfüllt. Das zeigen auch die Ziffern über die Erwerbslosigkeit im Gesamt-Baugewerbe Anfang Juni. Nach dem Bericht der gesamten Erwerbslosigkeit in allen Bauberufsgruppen zusammen betrug 77,3%. Im einzelnen ergeben sich folgende trostlose Ziffern: arbeitslos waren Maurer 83,6%, Betonarbeiter 82,5%, Bauhilfsarbeiter 85,2%, Tiefbauarbeiter 76,7%, Stuckmaler 69,9%, Dachdecker 72,1%, Zimmerer 78,6%, Maler 76,9%, Steinarbeiter 71,7% und in der Grobkeramik gibt es 63,4% Arbeitslose. — Gegenüber dem Vormonat ist das nur ein Rückgang von 3,9%. Am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind die Bauhilfsarbeiter, von denen nur 14,8% in Arbeit stehen. Am günstigsten stehen die Stuckmaler und die Dachdecker, die mit 69,9% und 72,1% wenigstens ungefähr fast ein Drittel ihrer Berufskollegen in Arbeit haben. Der Juni war sonst günstiglicher genannt werden konnte. Wenn nicht alle beruflichen Behörden und Gruppen zusammenwirken um im Baugewerbe, sei es im Straßenbau, in der Kanalarbeit oder im Hochbau, nur wertvolle Aufträge zu vergeben, dann muß leider damit gerechnet werden, daß die günstige Zeit des Jahres verfliehet und nur kaum ein Viertel der Berufskollegen Beschäftigung fand. Was soll da erst werden, wenn der Herbst wieder ins Land kommt?

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 13. Juni 1932.

Regierungsbezirk	Beschäftigte im Baugewerbe	Mitglieder am Monatsende	Arbeitslose		Die Woche vorher
			Anzahl	%	
Königsberg	7	13 128	10 158	77,4	78,1
Danzig	1	3 182	2 409	75,7	74,8
Stettin	61	13 436	9 802	73,0	76,0
Breslau	39	32 495	24 773	76,2	78,0
Berlin	40	28 071	27 933	99,8	67,0
Magdeburg	42	22 805	17 313	75,9	79,2
Erfurt	34	16 523	12 738	77,1	79,3
Frankfurt	17	27 421	23 370	85,2	85,7
Köln	12	13 901	12 593	90,6	90,0
Dortmund	12	13 704	12 230	89,2	89,4
Hannover	39	24 912	18 528	74,4	75,1
Bremen	30	12 568	10 511	83,6	84,0
Hamburg	45	25 954	21 182	81,6	81,6
Hofstadt	60	7 857	5 323	67,7	69,1
Dresden	31	51 633	41 222	79,8	80,6
Nürnberg	29	14 521	11 384	78,4	79,0
München	27	9 523	7 717	81,0	82,3
Stuttgart	14	7 873	6 248	79,4	81,3
Karlsruhe	10	11 488	9 649	84,2	84,9
Zusammen	570	365 695	285 556	78,09	—
Vorige Woche	—	366 640	289 992	—	79,09

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Ge- sperrt sind die Arbeiter des Internerschners Schnauer, Niederbühlau (Lübeck), Baustelle Osthof-Wilchhof bei Rein- feld wegen unverjährten Lohnabwärters, und die Ar- beiter der Firma Wieberich in Norden wegen Tariffrags. In Wlster ist das Baugeschäft Johannes Sievers wegen Nichtzahlung des Tariflohnes gesperrt. In Simmenau (Baugeschäft Kreuzburg) sind die Siedlungsbauteil des Internerschners Thomas Skalek wegen Verweigerung des Tariflohnes gesperrt.

Töpfer: Ge-sperrt sind: In Crimmitschau die Firma Heizinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Hirsch- berg, Olgau, Döhrnerhuth, Friedr. Schmidt und Wal- denburg stehen die Döhrner in Abwehrkraft.

Schweiz: In St. Gallen befinden sich die Maurer und Sanblanger im Abwehrkampf gegen Lohnabbau.

Sozialgesetzgebung

Änderungen in der Krisenfürsorge. Die Krisenfürsorge ist mit dem „Erlaß über die Krisenfürsorge für Arbeitslose“ vom 17. Juni 1932 geändert worden. Damit ist der Erlaß über „Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge“ vom 11. Oktober 1930 und der „Erlaß über Dauer- und Durchführung der Krisenfürsorge“ vom 23. Oktober 1930 außer Kraft gesetzt. In den bis zum 27. Juni noch nicht aufgearbeiteten Fällen können die bis- herigen Unterhaltungsätze bis zum 23. Juli weitergezahlt werden. Hierüber werden noch besondere Bestimmungen erlassen. Die Abgrenzung des Personenkreises entspricht der bisherigen Regelung. Die Angehörigen der Gruppen „Land- wirtschaft“ und „Hausliche Dienste“ bleiben von der Krisen- fürsorge ausgeschlossen, ebenfalls Arbeitslose unter 21 Jah- ren. Die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter sind ver- pflichtet, von Zeit zu Zeit nachzuprüfen, ob die Unterstü- tzung innerhalb der zugelassenen Berufsgruppen oder für einzelne Bezirke, Gemeinden oder Berufe nach Lage des Arbeitsmarktes geändert werden können. Sie werden er- mächtigt, Zulassungen zur Krisenfürsorge oder Einschrän- kungen und Ausschlüsse vorzunehmen, wenn die Voraus- setzungen dazu gegeben sind. Dabei sind Unterhaltungen nach persönlichen und sozialen Verhältnissen innerhalb der Arbeitslosenunterstützung zulässig, soweit die Verwendung aus dem Arbeitsmarkt in Frage kommt. Dabei soll mit dem be- teiligten Berufsinhaber abgesehen werden. Wie bisher, entscheidet sich die Hilfsbedürftigkeit entsprechend der all- gemeinen Fürsorge. Die Unterhaltungsätze sind die der öffent- lichen Fürsorge. Der Arbeitslose ist verpflichtet, Verände- rungen seiner wirtschaftlichen Verhältnisse sofort dem Ar- beitsamt anzugeben, in besonderen Fällen auch er die an ihn gezahlten Unterhaltungsbeiträge zurückzuführen. Unter- stützungen, die weniger als 50 Z betragen, werden nicht aus- gezahlt. Die Unterhaltungsbeiträge betragen nach wie vor 38 Wochen. Bei Unterhaltungsempfängern über 40 Jahre kann die Unterhaltungsdauer um 13 Wochen verlängert werden. Die Entscheidung über die Gewährung der Unter- stützung liegt nach wie vor in Händen des Vorsitzenden des Arbeitsamtes. Wegen des Vorkommens der Gemeinde oder des Gemeindevorstandes kann der Arbeitslose Einspruch ein- legen. Die Bestimmungen darüber werden von der oberen Landesbehörde nach in Abstimmung mit der Reichsregierung über das Fürsorgegesetz besonders geschaffen. Der Spruch- auspruch ist, wenn die Hilfsbedürftigkeit von der Gemeinde oder dem Gemeindevorstand verneint wird, an diesen Be- schluß gebunden. Ueber das zukünftige Zusammenwirken der Arbeitsämter mit den Gemeinden sollen noch besondere Anordnungen erlassen werden. — Die neuen Bestimmungen des § 178 Absatz 4 des SGBVO, wonach der Spruchaus- spruch an die Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinden ebenso gebunden ist, wie der Vorsitzende des Arbeitsamtes, gelten ab 1. September 1932.

Die Änderungen in der Arbeitslosen-„Versicherung“. Durch die Notverordnung vom 14. Juni werden die Unterhaltungsätze im Durchschnitt gesenkt: in der Arbeits- losenversicherung um 23%, in der Krisenfürsorge um 17%, und in der Wohlfahrtshilfe um 15%. Die in der Notverord- nung enthaltenen Ermächtigungen für die Reichsregierung liefern die Arbeitslosenversicherung nunmehr ganz dem Reichsarbeitsministerium aus. Sie hat inzwischen auch schon mit der „Verordnung über die Höhe der Arbeits- losen-Unterstützung und die Durchführung öffentlicher Arbeiten“ vom 16. Juni und durch den „Erlaß über die Krisenfürsorge für Arbeitslose“ vom 17. Juni 1932 selbst- herrlich Bestimmungen getroffen. — Die neuen Unter- haltungsätze sind an anderer Stelle der vorhergehenden Ausgabe des „Grundstein“ nachzulesen. Einen Rechts- anspruch auf diese Unterhaltungsätze hat nur der, der die versicherungsdienstlichen Voraussetzungen des SGBVO erfüllt hat, und zwar für 38 Tage. Die Unterhaltungsätze sind nunmehr für alle Versicherten einheitlich, es fallen also die Sätze nach § 105a (kürzere Beschäftigungsdauer als 52 Wochen), nach § 107c (Beschäftigungs- und Unter- stützungsort) und die Sonderbestimmungen über die betru- glich Arbeitslosen nach § 107a fort. Nach 36 Tagen Unterhaltungsbezug darf nur dann eine weitere Unter-

Jeder „Grundstein“ ist Munition im Kampf gegen die Hitler-Papen-Reaktion.

Jede Nummer muß gewissenhaft verbreitet werden.

In keiner Baugewerkschaft oder Zahl- stelle darf unser Bundesorgan unnütz liegenbleiben.

Auch gelesene Zeitungen gebe man weiter.

stufung gezahlt werden, wenn der Arbeitstote Hilfsbedürftig ist. Die Zeugnisbauer der Arbeitslosenunterstützung bleibt vom allgemeinen auf 20 für Saisonarbeiter auf 18 Wochen beschränkt. Ein Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistung besteht nunmehr nur noch für die ersten 6 Wochen. Für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit gelten die nach § 8 der Verordnung über die Fürsorgepflicht erlassenen Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 1. August 1931. Die dafür maßgebenden Durchführungsvorgaben der Länderregierungen müssen dabei berücksichtigt werden. Bisher war Hilfsbedürftig, wer den notwendigen Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend decken konnte, und keine Zuwendungen von anderer Seite erhielt. Zum lebensnotwendigen Unterhalt gehören Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Pflege. Zu beachten sind in diesem Zusammenhang die §§ 5 und 8 der Reichsgrundsätze. Die Feststellung der Hilfsbedürftigkeit des Arbeitstoten ist an die Entscheidung über die Hilfsbedürftigkeit gebunden, soweit die Entscheidung über die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit wie bisher in der Rentenversicherung durchgeführt wird, so gelten nach Ablauf der 36 Tage die bis dahin gezahlten Unterhaltungen als Höchstätze. Die Unterhaltungsabgabe wird dann von der Hilfsbedürftigkeit abhängig gemacht. Wird die Hilfsbedürftigkeit bejaht, so richtet sich die Unterstufung nach den Richtlinien der allgemeinen Fürsorge der Stadt- und Landgemeinden. Damit sind praktisch die Unterhaltungsätze nach Einklassifizierung völlig befristet. Ein neuer Anspruch auf die veränderungsmäßigen Unterhaltungsätze beginnt erst wieder nach Zwischiger Beschäftigungsbauer.

Die neuen Vorschriften gelten vom 27. Juni an für alle Unterhaltungsabgaben. In den bis dahin noch nicht aufgearbeiteten Fällen werden die alten Unterhaltungsätze noch bis zum 23. Juli weitergezahlt. In einem besonderen Erlass vom 20. Juni 1932 hat der Präsident der Reichsanstalt eine besondere Uebergangsregelung bekanntgegeben.

Aus den Bauergewerkschaften

Frankfurt a. M. (Wilhelm Schneider im Rückblick). Die Bauarbeiter des Rhein-Main-Rheins Städtekreises kennen ihn alle. Keiner Bauarbeitergemeinde in den Ebenen Starkenburgs, im weiten Mainthal, in der oberhessischen Wetterau, im Lannus, am Vogelsberg, im Odenwald und auch im Spessart ist er fremd. In seiner mehr als dreißigjährigen Tätigkeit, zum Teil an der Spitze unserer Bauergewerkschaft, bestrebt er sie oft und erwarb sich ihr Vertrauen und ihre Bewehrung. 1874 in dem Mainzer Ort Wübel geboren, wurde der junge, strebsame Arbeiter bald mit den Aposteln der modernen Arbeiterbewegung bekannt. Er schloß sich nicht nur an, sondern begann bald darauf selbst zu trommeln. Fürwahr keine leichte Arbeit! Im Zentralrat Frankfurt steuerten Tausende von Bauarbeitern zusammen. Aus allen Richtungen kamen sie. Zeitspenden durch eine Fülle gegenständlicher Empfindungen: sozialpatriotischer, religiöser oder sonst berröckmlicher Art, waren sie dem Unternehmer gegenüber ohnmächtig. Gewachtet wurde im Arbeiter. Der sogenannte „Partei-führer“ herrschte unumschränkt. Wer sich maug machte, wurde verdrängt und hohofiert. Hier jafete Wilhelm Schneider unermüdlich das Unkraut abler Selbstsucht und predigte Solidarität und Gemeinshaftssinn. Seine Frische, seine Nahrungkeit trieb ihn von Bau zu Bau, von Ort zu Ort. Seit 1902

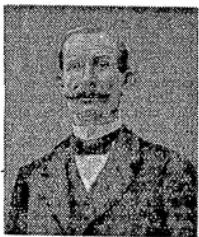


im Angestelltenverhältnis, konnte er planmäßiger und systematischer arbeiten. Aus einer kleinen Schar wurde eine beachtliche Gruppe, die in den nun beginnenden Kämpfen mit dem Unternehmertum sich innerlich festigte und schließlich durch ihre Erfolge alle anzog. Oft kollidierte Kollege Wilhelm Schneider mit der allpatriotischen Obrigkeit. Nach dem Kriege, an dem er an der Westfront teilnahm und der ihm zwei Söhne raubte, konnte endlich das Streben der Vorkriegszeit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter in geschlossenen, umfassenden Tarifverträgen rechtlich zu fundieren, durchgeführt werden. Der im Volksstaat enorm erweiterte Aufgabekreis der Gewerkschaften führte ihn in den Vorstand der R.A.K. Frankfurt a. M., in das Stadtparlament und vorübergehend auch in die Leitung der Bauhäute. Er erkannte, daß die Form des Interessenkampfes sich geändert hatte; daß aus dem Offensivkrieg ein Stellungskampf geworden war. Zuerstern gegenüber wußte er stets mit fröhlicher Bereitwilligkeit die Veränderungen in der sozialen Lage der Bauarbeiter darzustellen, die geschaffen war durch die solidarische Selbsthilfe in der Organisation. Sein Wort hatte bei unseren Kollegen guten Klang. Schmerzlich berührte ihn das Arrangieren der moskowsischen Spalter. Hart und unerbittlich fuhr er doch, wenn sie Gift zu süßen fuchten, weil er wußte, wie mühsam der große Bau errichtet war. — Dreißig Jahre Kampf erfordern Kräfte. Von einer akuten Krankheit, der ein älteres Leiden zugrunde lag, erholte sich Kollege Schneider nicht wieder. Jetzt ist er im Ruhestand. Der Bauergewerkschaftsvorstand verabschiedete sich von ihm mit dem Gebetsbenedictum, unentgeltlich allen Gütern zum Trost weiter zu marschieren, dem Ziele zu. In Uebereinstimmung mit einem Kollegen wünschen wir unserem Wilhelm im Ruhestand viel Freude!

Reine. (Eine große R.O.-Liste). Die R.O. glaubte es sei die Zeit gekommen, Weltrevolution machen zu können und die Gewerkschaften zu erledigen. Deshalb beschloß sie beim Wahnwahn der Firma Pabel & Ebel, Hannover, in Dollbergen, Kreis Burgdorf, den Streik. Mit großem Samtum traten die Drahtzieher der R.O. auf, und die Belegschaft von 120 Mann, von denen aber nur zehn freigewerkschaftlich organisiert waren, schenkte diesen Pharisäern Glauben. Die Parole lautete: „Die Verbindlichkeit

aber den Lohnschleppern im Baugewerbe sei noch nicht ausgeprochen, deshalb dürfe die Arbeit nicht eher aufgenommen werden, bis die Firma den Stundenlohn von 68 J zahlte.“ Das wäre der Tariflohn für Lohnklasse A gewesen, während Dollbergen zu Lohnklasse E gehört. Die Belegschaft klagte auch über schlechte Behandlung durch die Vorkarbeiter; auf der Baustelle herrschte Antreibesystem. Der Vertreter unserer Bauergewerkschaft wies in einer Verhandlung mit der Belegschaft darauf hin, daß es sich um einen verbindlichen Handel. Die Firma zahlte den Tariflohn, der verbindlich ist, wenn er auch nicht unsern Wünschen entspräche. Schließlich des Antreibesystems durch die Vorkarbeiter müsse Abhilfe geschaffen werden. Zu allem sei aber notwendig, daß sich die Kollegen organisieren und einen Betriebsrat wählen. — Die Verhandlungen mit der Firma, die der Belegschaft bereits die Papiere ausgehändigt hatte, zeigten das Ergebnis, alle Leute wieder einzustellen und auf den Tariflohn eine Leistungszulage von 3 J zu gewähren. — Dies Anerbieten lehnten aber die überrevolutionären R.O.-Leute ab. Die Verhandlungen waren damit gescheitert. Nun wurden die freien Gewerkschaften, insbesondere der Bauergewerkschaft, für alles verantwortlich gemacht. Hierbei lag sich besonders der Kommunist und R.O.-Mann Weber aus Hannover hervor, der weiter nichts vorbringen konnte, als gegen die Gewerkschaften und die Bongen zu gehen. Ueber die wirklichen Ziele der Arbeiterklasse fand er kein Wort. Auch dem Kommunisten Kinas, der übrigens ein revolutionärer Sozialist war, die Arbeiter von der Arbeit fernzuführen und ihnen eine große Streikunterstützung zu versprechen, ging es so. Es sollten wöchentlich 18 M gezahlt werden. Aber statt der angekündigten 18 M gab es nur 1,80 bis 3 M. Und mit dem Solidaritätsgefühl dieser Herrschaften ist es so, daß sie statt Streikunterstützung zu zahlen die Bedürftigkeit prüfen. Und dann ging mancher ganz leer aus oder erhielt schon für die zweite Woche überhaupt keine Unterstufung mehr. Darauf stellte sich große Anspannung unter den Streikenden ein, die nun verjagt, wieder in Arbeit zu kommen. Jedoch gelang es den Drahtziehern, durch Terrormaßnahmen die Arbeiter noch einige Tage von der Baustelle fernzuhalten. Schließlich wurde die Arbeit aber unter dem Schutze der Bahnpolizei und der Landjäger doch wieder aufgenommen. — So endete der Streik der R.O., die von hier aus einen Generalstreik in die Wege leiten wollten, in einer glatten Niederlage. Die R.O. war selbst gezwungen, den Streik abzublenden. Die Hälfte der früheren Belegschaft kam nicht wieder in Arbeit, weil die Firma andere Kräfte eingestellt hatte. Ob die Leute von der R.O. für die 8 bis 9 Wochen, wo sie keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, auch unterstufung werden? Manchem Kollegen sind nun die Augen geöffnet worden, mancher wird sich das zweifeltmal nicht von den Drahtziehern der R.O. als Mittel zum Zweck benutzen lassen.

Zwickau. In voller körperlicher und geistiger Frische beging unter alter Kämpfe Hermann Berger am 28. Juni seinen 69. Geburtstag. Gleichzeitig konnte unser Hermann auf eine vierzigjährige gewerkschaftliche Tätigkeit zurückblicken. Neben seinem verdienstvollen Zwickauer Berufsberuf hat er sich als Jubilar ein Stück Zwickauer Bauarbeitergeschichte. Seit dem Anschluß an den Bauarbeiterverband im Jahre 1902 vertrat unser Kollege Berger als Vorsitzender die Interessen des Zwickauer Ortsvereins. Mit kurzer Unterbrechung hatte er dann diese Funktion bis zum Jahre 1922 ausgeübt. Wiederholt vertrat er die Wünsche seiner Kollegen auf Verbandstagen. Verdruß und Berger konnten seine opferfertige Arbeit für die Organisation nicht erschüttern. Unser Hermann hatte von seiner, uns allen bekannten, unermüdeten Lebensgefährtin Anna auf beste Unterstufung. Während des Krieges waren unserm Jubilär alle Funktionen aufgebüdet worden, die ganze Verwaltung hielt er aufrecht. Auch Gefängnis und andere Schikanen blieben unserem Hermann nicht erspart. Um so zäher wurde sein stets ungeborener Wille. Sommer und Trauer erfüllte ihn vor einigen Jahren beim Hinscheiden seiner treuen Lebensgefährtin. Nach aber zehnjähriger Tätigkeit als Baukontrollleur wurde Hermann Berger am 31. März d. J. wegen der erreichten Altersgrenze abgebaut. Aber trotz seines Alters arbeitet unser Hermann noch heute in der Ortsverwaltung reger mit. — Wir wünschen unserem Jubilar auch fernherhin beste Gesundheit und einen frohen Lebensabend!



Aus den Fachgruppen

Asphaltierer. Berlin. Am 16. Juni hielt unsere Fachgruppe Rückblick auf unsere Lohnbewegung. Zunächst widmete er sich dem verstorbenen Kollegen Günning ehrenvolle Worte des Gedankens. Günning war ein unserer ältesten Mitkämpfer. Gleich nach der Gründung unseres Zentralverbandes schloß er sich der Organisation an. — Im Lohnkampf hat sich unsere Fachgruppe gut geschlagen. Die Unternehmer haben lernen müssen, daß es mit der selbstherrlichen Lohnfestsetzung doch nicht so geht, wie sie es sich dachten. Wenn die „Rote Fahne“ und die R.O. von Ueberrückung predigen, sollen sie erst einmal beweisen, daß sie es besser machen können. Wir haben gehandelt, während sie nur Schaumschlägerel trieben.

Bundes-Tribüne
Aussprachethema
Die Reichstagswahl
und die Bauarbeiter
12. Juli letzter Einsendungstag

Sie waren es, die uns in den Rücken gefallen sind, indem sie marktschreierisch hinausposaunten: „Der Bauergewerksbund sei bankrott, er könne keine Unterstufung mehr zahlen.“ Der Bauergewerksbund hat seine Mitglieder noch nicht mit Bettelstuppen abgepeißt! Wenn sich Bundesvorstand und Beirat wegen der anhaltenden Krise, die uns annähernd 90 Pro. Arbeitslose brachte, veranlaßt sahen, die Unterstufungsätze zu kürzen, so beobachte es keiner mehr als gerade diese Körperpflichten. — Daß die Kollegen Verständnis für die Lage hatten, kam in einer der sachlichen Ansprachen zum Ausdruck. — In seinem Schlußwort ermahnte Kriegisch die Kollegen noch, alles daranzusetzen, die Reihen der Organisation zu stärken und am 31. Juli nur die Sozialdemokratische Partei die Stimme zu geben. Nur wer diese Partei wählt, stärkt die Gewerkschaften!

Dachdecker.
Wir wir schon in Nr. 27 des „Grundstein“ berichtet haben, ist unser Reichstagsvertrag am 1. Juli 1932 in Kraft getreten. In den Tagen vom 16. bis 22. Juni wurde in unseren Fachgruppen eine Urabstimmung vorgenommen, die folgendes Ergebnis zeigte: 4574 Ja-Stimmen standen 2402 Nein-Stimmen gegenüber, so daß rund 67% der Kollegen ihre Stimmen für den Schiedspruch abgegeben haben. Da auch die Unternehmer zustimmen, ebenfalls der Zentralverband drückte die Bauarbeiter, so erhielt der Schiedspruch Rechtsgültigkeit. Wie bereits in Nummer 26 des „Grundstein“ mitgeteilt, sind nunmehr Lohngebiete geschaffen worden. Zur Grundlage der Berechnung dient der Maurerlohn, wozu noch folgende Zuschläge kommen: Für die Lohnbezirke Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg, Hannover-Brandenburg, Bremen-Odenburg, Hessen-Kassel, Mittel- und Oberbaden, die Pfalz und Württemberg sollen drei Pfennig Mehrlohn bezahlt werden. Die Bezirke Berlin, Frankfurt, Sachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein mit Hamburg, Rheinland-Westfalen, Silesien-Rheinland und Bayern erhalten vier Pfennig über den Maurerlohn. Nicht einbezogen sollen in diesen Aufschlag sein: Die sogenannten Verkehrslohngruppen, wie sie bisher im Aufschlag abgefolgt worden sind in Köln, Düsseldorf, Berlin, München usw. Ueber diese soll im Bezirk oder am Ort gefordert werden. — Es war vorauszusetzen, daß auch die Dachdecker bei dieser Lohnbewegung Opfer bringen müßten. Die Lohnregulierung, wie sie jetzt festgelegt worden ist, bedeutet insbesondere für die Bezirke Rheinland-Westfalen, Preußen, Sachsen, Hessen-Kassel, Berlin und München einen starken Anstieg. Zwar soll, wie oben schon angedeutet worden ist, durch Verkehrslohngruppen an den verbleibenden Orten ein Ausgleich geschaffen werden; allein darüber wird es noch bezüglich zu harten Auseinandersetzungen kommen. Im Schiedspruch wurde eine weitere Konzession an die Unternehmer zugestanden. Diese betrifft die Pappindustrie. Bei solchen Arbeiten nämlich, bei denen die Dachdeckermeister mit der Pappindustrie in Konkurrenz treten, soweit sie nicht dem Reichstagsvertrag unterstellt ist, können vom Vertrag abweichende Bestimmungen bezüglich der Löhne und Akkordarbeit vereinbart werden. Damit wollen die Unternehmer die geradezu ungläublich scharfe Konkurrenz der Dachpappenfabriken insbesondere bei den Flachbädern auffangen. Es wird den Erfahrungen der nächsten Zeit überlassen bleiben müssen, ob dieses Ausnahmerecht zu Mißbräuchen führt. Daß die Dachdecker bei der schlechten Wirtschaftslage ein Bedürfnis dafür haben, auch die Flachbäder heranzuführen, darüber dürfte es keinen Streit geben. Die Ferien sind für 1932 fixiert worden. Grundätzlich bedeutet das sicher einen Verlust; praktisch fällt die Strehdigung zurzeit nicht so schwer ins Gewicht, weil die Beschäftigungsdauer unserer Kollegen so gering ist, daß 3. B. 1931 nur etwa 13% in den Genuß von Urlaub gekommen sind. — Wie übrigens, soweit sie überhaupt beschäftigt waren, konnten nicht sozial Arbeitstage zusammenbringen, um einen Ferienanspruch geltend machen zu können. Die stark aber das Interesse der Unternehmer an der Strehdigung der Ferien gesehen ist, zeigt der Umstand, daß der Verbandstag der Dachdeckermeister seiner Tarifvertragskommission nur unter der Bedingung das Recht zum Abschluß eines Reichstagsvertrages gewährte, daß die Ferien noch nicht einmal erwähnt werden dürfen. Den weiteren Inhalt des Reichstagsvertrages erleben unsere Kollegen aus dem Wortlaut des Schiedspruches, den wir in Nummer 26 des „Grundstein“ ausführlich wiedergegeben haben. Der Reichstagsvertrag selbst ist bis zum 15. März 1933 abgelaufen; er kann erstmalig am 15. Dezember d. J. gekündigt werden. — Wenn unsere Fachgruppen in ihrer Mehrheit dem Schiedspruch zugestimmt haben, dann sicher nicht aus Rücksicht auf den Abbau. Es kam darin vielmehr eine gewerkschaftliche Absicht zum Ausdruck: In den jetzigen trostlosen Zeiten nicht ohne Aussicht die Kräfte zu zerpfücken, sondern alle Kraftreserve aufzusparen für die Gelegenheiten, bei denen wir wieder mit mehr Erfolg verhandeln werden, das was man uns jetzt genommen hat, zurückzuerobern. Die mit Ja Abstimmenden haben aber auch bewiesen, daß ihnen der Tarifgedanke mehr ist, als nur eine Pfennigrechnung. Es kommt in der Zustimmung ein starker Akt der Solidarität zum Ausdruck, die nicht zugeben wollte, daß einige gute Orte für sich bleiben, während die größte Zahl der Bezirke

Wo findest Du
heute eine Einrichtung, die so gut auf Deine wirtschaftlichen Bedürfnisse eingestellt ist, wie Dein
KONSUMVEREIN
Alle Artikel des täglichen Bedarfs, die Du dort unter der MARKE GEG erhältst, haben mit Recht das Vertrauen, kommen sie doch aus den Fabriken der **Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine** m. b. H., Hamburg
die von der zusammengeschlossenen Kraft der Mitglieder geschaffen wurden. Die genossenschaftliche Erzeugung ist auch hygienisch und technisch so vollkommen, daß Preiswürdigkeit und Güte nicht zu übertraffen sind.
Larum — Deino Lösung soll
KONSUMVEREIN
und dort
GEG-ERZEUGNISSE

